

## Information nach Art. 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

(Allgemeine Informationen gegenüber Mitgliedsunternehmen)

gemäß Art. 13 DS-GVO (Erhebung von Daten bei der betroffenen Person) und gemäß Art. 14 DS-GVO (Erhebung über Dritte)

A. Name der Verantwortlichen	Industrie- und Handelskammer Ostwestfalen zu Bielefeld
B. Kontaktdaten der Verantwortlichen	Elsa-Brändström-Str. 1-3, 33602 Bielefeld Tel. 0521 554-0, Fax 0521 554-444, E-Mail info@ostwestfalen.ihk.de
C. Kontaktdaten des behördlichen Datenschutzbeauftragten	Dr. Jörn Voßbein, UIMC Dr. Vossbein GmbH & Co. KG, Otto-Hausmann-Ring 113, 42115 Wuppertal, Tel. 0202 9467726200, Fax 0202 94677269200, E-Mail jvossbein@uimc.de
D. Kategorien personenbezogener Daten	Die IHK Ostwestfalen zu Bielefeld verarbeitet folgende Kategorien von personenbezogenen Daten von Ihnen:  - Angaben zum Betriebsinhaber - Angaben zum Betrieb - Angaben für interne Verwaltungszwecke - Daten zur Beitragsveranlagung - Angaben zu Ausbildungsbetrieben
E. Zweck und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung	<p>Gemäß § 9 Abs.1 Satz 1 des Gesetzes zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern (IHKG) sind die Industrie- und Handelskammern berechtigt, die Daten der IHK-zugehörigen Unternehmen zu verarbeiten, die in § 14 Absatz 8 Satz 1 Nummer 1 und Satz 2 der Gewerbeordnung (GewO) sowie der Rechtsverordnung nach § 14 Absatz 8 GewO aufgeführt sind (Angaben zum Betriebsinhaber und zum Betrieb). Zweck der Verarbeitung dieser Daten ist die Erfüllung von Aufgaben, die uns nach dem Industrie- und Handelskammergesetz (IHKG) oder anderen Gesetzen (z. B. BBiG) übertragen sind.</p> <p><b>Aufgaben nach IHKG</b> Das IHKG enthält gesetzliche Regelungen zu einer Reihe von Zwecken: - Feststellung von Beginn und Ende einer IHK-Zugehörigkeit, § 2 Abs. 1 IHKG - Wahrnehmung des Gesamtinteresses der Wirtschaft, § 1 IHKG - Förderung der gewerblichen Wirtschaft, § 1 IHKG - Information und Beratung der Mitglieder, § 1 IHKG - Erhebung von Beiträgen, § 3 IHKG - Durchführung von Wahlen zur IHK-Vollversammlung, § 5 IHKG - Übermittlung von Daten an nicht-öffentliche Stellen zur Förderung von Geschäftsabschlüssen oder sonstigen dem Wirtschaftsverkehr dienenden Zwecken, § 9 Absatz 5 IHKG</p> <p><b>Hoheitliche und sonstige gesetzliche Aufgaben</b> Die Datenverarbeitung erfolgt ferner zur Erfüllung von hoheitlichen (z. B. Berufliche Bildung, Gewerbebeerlaubnisbehörde für Gewerbebeerlaubnisse nach § 34 d bis i GewO) und sonstigen gesetzlichen Aufgaben.</p> <p><b>Erhebung von IHK-Beiträgen</b> Gemäß § 9 Abs. 2 IHKG sind die Industrie- und Handelskammern weiter berechtigt, zur Festsetzung der Beiträge Kammerzugehöriger die Bemessungsgrundlagen bei den Finanzbehörden zu erheben. Über diese Daten verfügen wir gemäß § 9 Abs. 2 IHKG aufgrund der Übermittlung durch die Finanzverwaltung an die Arbeitsgemeinschaft Kammerleitstelle für Beitragsbemessungsgrundlagen (AKB) e. V. Diese leitet die Finanzdaten auf der Basis eines Vertrags über Auftragsverarbeitung an die zuständige(n) IHKs weiter. Diese Daten werden zum Zweck der Feststellung von Anfang und Ende der Beitragszugehörigkeit und der Beitragsfestsetzung verarbeitet.</p> <p><b>Berufliche Bildung</b> Weiterhin sind die Industrie- und Handelskammern gemäß § 1 IHKG i. V. m. Berufsbildungsgesetz (BBiG) (v. a. §§ 27 ff., 32 ff., 34 ff., 37</p>

	<p>ff., 76 BBiG) für die Berufsbildung zuständig. Im Rahmen unserer Pflicht zur Überwachung der Ausbildung macht sich die IHK Ostwestfalen zu Bielefeld ein umfassendes Bild vom Auszubildenden und der Ausbildungsstätte. Die zur Erfüllung dieser Aufgabe notwendigen Angaben zu Ausbildungsbetrieben und deren verantwortlichen Ausbildern verarbeiten (insbesondere erheben) wir, sofern Sie Ausbildungsbetrieb sind oder werden. Die Daten werden ausschließlich zur Erfüllung unserer gesetzlichen Pflichten im Rahmen der beruflichen Bildung verarbeitet.</p> <p><b>Interne Verwaltungszwecke</b> Angaben für interne Verwaltungszwecke (z. B. Identnummer, Beitragsveranlagung und Art der Beitragspflicht; Datensperrenkennzeichen) werden von der IHK selbst angelegt und in der Regel zu internen Verwaltungszwecken verarbeitet. Soweit keine gesetzliche Regelung im bereichsspezifischen oder allgemeinen nationalen Datenschutzrecht besteht, kommen als Rechtsgrundlagen die Tatbestände nach Art. 6 DS-GVO (insbesondere Art. 6 Abs. 1 c (Rechtspflicht) und e (Wahrnehmung von Aufgaben im öffentlichen Interesse/Ausübung öffentlicher Gewalt) – bei besonderen Kategorien personenbezogener Daten Art. 9 DS-GVO in Betracht.</p>
<p>F. Empfänger/Kategorien von Empfängern</p>	<p>Hinsichtlich der Übermittlung dieser Daten ist zu unterscheiden zwischen einer Weitergabe an öffentliche und an nicht-öffentliche Stellen. Ihre personenbezogenen Daten werden weitergegeben an:</p> <p>Öffentliche Stellen (z. B. Verwaltungsbehörden, Gerichte) - sofern IHKs gesetzlich hierzu verpflichtet sind. - sofern dies zur Erfüllung von IHK-Aufgaben oder der Aufgaben der anfragenden öffentlichen Stelle erforderlich ist oder eine gesetzliche Grundlage (z. B. nach Landesdatenschutzgesetz) besteht.</p> <p>Nicht-öffentliche Stellen - sofern diese im Wege des Adressservices bei IHKs Adressdaten von IHK-Unternehmen, deren Daten hierfür nicht durch Widerspruch gesperrt sind, bestellen.</p> <p>- innerhalb der hierfür vorgesehenen Frist vor IHK-Wahlen an Kandidaten/innen für einen Sitz in der Vollversammlung zur Bewerbung einer eigenen Kandidatur.</p> <p>- sofern wir gesetzlich hierzu verpflichtet sind oder Sie vorab in die Datenübermittlung eingewilligt haben.</p> <p>- Auftragsverarbeiter. Die IHK lässt die Daten auch von Dienstleistern verarbeiten. Hierzu zählen Datenverarbeiter im Auftrag z. B. zur Durchführung und Organisation von IHK-Veranstaltungen, Hostern und sonstige IT- Dienstleister wie externe Administration, Wartung und Fernwartung; Webseiten- Design, Cloud-Lösungen, Scandienstleister, Entsorger von Akten/Datenträger, Lettershops, Website-Tracking, Werbeagenturen.</p>
<p>G. Etwaiger Drittlandtransfer</p>	<p>Es ist nicht geplant, personenbezogene Daten an ein Drittland oder an eine internationale Organisation zu übermitteln. Grundsätzlich werden personenbezogenen Daten nur in Deutschland verarbeitet. Nur in Einzelfällen und im gesetzlich zulässigen Rahmen kann die Datenverarbeitung auch im Ausland stattfinden.</p>
<p>H. Dauer der Speicherung</p>	<p>Aufbewahrungsfristen ergeben sich aus den gesetzlichen Regelungen zur Aufgabenübertragung auf die IHKs, aus dem Satzungsrecht der IHKs und/oder aus steuerrechtlichen Aspekten. In allen anderen Fällen besteht ein Löschkonzept.</p> <p>Geschäftsbriefe werden für längstens sechs Jahre aufbewahrt, sofern nicht wegen Fördergeldern durch das Förderprojekt oder als Beweis gegen eine etwaige Schadensersatzforderung eine längere Aufbewahrungsfrist erforderlich ist. Steuerrelevante Unterlagen werden zehn Jahre aufbewahrt.</p>



	Ausnahme ist die Einwilligung der Teilnehmer zur Weiterverwendung der Daten wie für Marketing oder z. B. zum Bezug von E-Mail-Newslettern. In diesem Fall erfolgt mit Widerruf der Einwilligung die Datenlöschung.
I. Widerrufsrecht bei Einwilligung	Wenn Sie in die Verarbeitung durch die IHK Ostwestfalen zu Bielefeld durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass die IHK Ostwestfalen zu Bielefeld in der ganz überwiegenden Anzahl der Anwendungsfälle Daten aufgrund einer gesetzlichen Grundlage verarbeitet. In diesen Fällen ist eine Einwilligung nicht erforderlich. Ein etwaiger Widerruf hätte in diesen Fällen daher keine rechtliche Wirkung.

Sie haben uns gegenüber gemäß Artikel 15 ff. DS-GVO in Verbindung mit dem Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen (DSG NRW) unter den dort definierten Voraussetzungen das Recht auf Auskunft über die Sie betreffenden personenbezogenen Daten sowie auf Berichtigung oder Löschung oder auf Einschränkung der Verarbeitung, ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung sowie das Recht auf Datenübertragbarkeit. Bei datenschutzrechtlichen Beschwerden können Sie sich die an die zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde wenden (Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen, Kavalleriestr. 2-4, 40213 Düsseldorf). Wenn die Verarbeitung auf einer Einwilligung beruht (Art. 6 Abs. 1 lit. a, Art. 9 Abs. 2 lit. a DS-GVO), haben Sie ferner das Recht, die Einwilligung jederzeit zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird. Weitere Hinweise zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage unter [www.ostwestfalen.ihk.de/datenschutz](http://www.ostwestfalen.ihk.de/datenschutz).